

---

---

# Der missbrauchte Keynes Überlegungen zur traditionellen Makropolitik

Gunther Tichy\*

---

---

Keynes' „Theorien kommen aus der praktischen Erfahrung und aus der konstruktiven Einstellung zu den Schwierigkeiten seines Landes und seiner Zeit. Das Buch [die *General Theory*] selbst ist schwer zu verstehen, für jeden der nicht schon von vornherein weiß, worum es sich handelt.<sup>1</sup> Überdies ist es nicht in jeder Weise konsistent: Joan Robinson (1964, 75) ätzte dass „Keynes himself was not quite steady on his feet“, und dass er ein besseres Buch geschrieben hätte, wenn er sich etwas mehr in Theorie vertieft hätte. Es überrascht daher wenig, dass sehr unterschiedliche Lesarten von Keynes herumgeistern. „He was himself partly to blame for the perversion of his ideas“ kritisierte Robinson (1971, ix). Leijonhufvud (1968) unterschied scharf zwischen „Keynesian economics and the economics of Keynes“, und die kleinen Nutzer oder Gegner, die Keynes' Gedanken bestenfalls aus dritter Hand kennen, haben sie jeweils auf ihre unmittelbaren Bedürfnisse zugeschnitten; überaus simple Eintopf-Kochrezepte entstanden. Das betrifft Befürworter wie die Gegner „keynesianischer“ Wirtschaftspolitik, ihre jeweiligen Pro- wie ihre Kontraargumente.

## Drei Interpretationsarten von Keynes

Coddington (1976) unterschied drei Spielarten des Keynesianismus, die sich aus unterschiedlichen Interpretationen der Schriften von Keynes ergeben: eine fundamentale, eine hydraulische und eine des erneuerten Reduktionismus.

Ausgangspunkt für Coddingtons Keynes-Interpretation ist der *Reduktionismus*. Darunter versteht er die Reduzierung der Marktphänomene auf Wahlhandlungen eines repräsentativen Wirtschaftssubjekts die zu einem Gleichgewicht führen, Ansätze somit, auf denen der Marktfetischismus beruht; sie konzentrieren sich auf Wege zum Gleichgewicht und können nichts darüber aussagen, was passiert wenn die Wirtschaftssubjekte individuelle Pläne verfolgen, die im Aggregat nicht kompatibel sind. Die Vertreter des

*fundamentalen Keynesianismus*,<sup>2</sup> J. Robinson, G. L. S. Shackle oder B. J. Loasby, sehen Keynes, Coddington zufolge, als *den* Antipoden zum Reduktionismus. Sie berufen sich dabei vor allem auf Keynes' Artikel im *Quarterly Journal of Economics* (1937) sowie auf die Kapitel 12 bzw. 17 der *General Theory* (1936). Anstelle der klar spezifizierten und stabilen Beziehungen und Beschränkungen auf die der Reduktionismus vertraut sieht Keynes dort vage, unsichere und wechselnde Erwartungen als Basis der Wahlhandlungen. Sofern es nicht ohnedies existiert, kann ein Gleichgewicht gar nicht erreicht werden (Robinson 1953), komparative Statik ist unter diesen Voraussetzungen als Methode ungerechtfertigt und unzulässig.<sup>3</sup>

Der *hydraulische Keynesianismus*<sup>4</sup> stützt sich auf das Schlusskapitel der *General Theory* (1936, 378f.) wie auf Hicks' (1937) Komprimierung in das IS/LM-Schema, die von Keynes tatsächlich explizit akzeptiert wurde. Aus theoretischer Perspektive wurde die Neoklassische Synthese zum Spezialfall der klassischen Theorie mit ein paar zusätzlichen Restriktionen; aus wirtschaftspolitischer Perspektive – und die Hydrauliker konzentrierten sich auf diese – wurde es die „Keynesian Revolution“.<sup>5</sup> Die Hydraulik dominierte die Lehrbücher um die Mitte des vorigen Jahrhunderts und löste unter dem Schlagwort Fiskalismus wirtschaftspolitische Ideologiekämpfe aus. Die Bezeichnung „hydraulisch“ weist darauf hin, dass im Zentrum dieses Modells Stromgrößen – Ausgaben, Einkommen, Produktion – stehen, von denen angenommen wird, dass sie im Aggregat stabile Beziehungen aufweisen. Anders als im Reduktionismus spielen Preise eine untergeordnete Rolle und Wahlhandlungen beschränken sich auf die Regierung; die Wirtschaftssubjekte reagieren mehr oder weniger mechanisch, die Regierung kann die Ströme via Fiskalpolitik im Hinblick auf Aktivitätsniveau und Beschäftigung steuern: „According to bastard Keynesian doctrine, it is possible to calculate the rate of saving the households collectively desire to achieve; then governments, by fiscal and monetary policy, can organise the investment of this amount of saving. Thus Say's law is artificially restored ...“.<sup>6</sup> „Konjunktur ist nicht unser Schicksal, Konjunktur ist unser Wille“ tönte der deutsche Wirtschaftsminister Karl Schiller Mitte der sechziger Jahre. Der hydraulische Keynesianismus präsentierte sich als Überwindung des Reduktionismus-basierten Markt fetischismus.

Der *erneuerte Reduktionismus* – Clower (1969) und vor allem Leijonhufvud (1968, 1981) – sah die Hickssche (1937) Keynes-Interpretation als ein „singularly inadequate vehicle for the interpretation of Keynes' ideas“,<sup>7</sup> als einen Spezialfall der klassischen Theorie. Diese Interpretation betonte vor allem die Mengenanpassung, die langsame Reaktion der Preise, sowie das „trading at false prices“; sie arbeitete die Bedeutung der mangelnden, falschen und widersprüchlichen Information der Wirtschaftssubjekte für ihre Wahlhandlungen und damit für die effektive Nachfrage heraus. Insofern baute der erneuerte Reduktionismus die keynesianischen Ideen der

unsicheren und wechselnden Erwartungen, die der fundamentale Ansatz betonte, in ein eher reduktionistisches Modell ein.

Keynes kann somit durchaus unterschiedlich interpretiert werden. Hier soll und kann es nicht um die Frage gehen welche Interpretation „richtig“ ist, „what Keynes really said“ und „what Keynes really really said“, sondern darum, welche Schlussfolgerungen die Wirtschaftspolitik aus Keynes' Werk gezogen hat und welche sie ziehen sollte. Unweigerlich steht dabei der hydraulische Keynesianismus im Zentrum, da er – scheinbar – einfache Kochrezepte bietet, wogegen die theoretischen Ansätze und Analysen der fundamentalen wie der erneuerte reduktionistischen Interpretation wenig einfach-mechanische Ansatzpunkte für wirtschaftspolitische Interventionen, vor allem ablaufpolitischer Art bieten. Sie müssen Unsicherheit, Erwartungen und soziale und institutionelle Umstände mit einbeziehen, was die Kalkulierbarkeit fiskal- und geldpolitischer Aktionen erheblich erschwert. Demgemäß spielt bei ihnen die Vermeidung von Fehlentwicklungen eine größere Rolle als deren Bekämpfung.

### **Glanz und Elend des hydraulischen Ansatzes**

Der hydraulische Ansatz wurde als ein Weg verstanden „how a largely decentralised economy may be subject to broad (as opposed to detailed) central control or influence through the instrument of the budget.“<sup>8</sup> „Keynes' policy advice turns out to be much less straightforward than Lerner's concept of ‚functional finance‘ might lead one to believe.“<sup>9</sup> Die Blüteperiode dieses Konzepts war die Periode der noch weitgehend geschlossenen europäischen Wirtschaften des dritten Viertels des vorigen Jahrhunderts, des „golden age of capitalism“; Globalisierung und zunehmende Instabilität der Funktionen gerade in Krisenperioden schwächten die theoretische wie empirische Basis des Ansatzes, wurden von der Politik jedoch nicht genügend zur Kenntnis genommen. Immer wieder versuchte man Arbeitslosigkeit durch expansive Budgetpolitik zu bekämpfen, ohne dass deren Ursachen und die Voraussetzungen erfolgreicher Budgetpolitik im jeweiligen Einzelfall analysiert worden wären. Dementsprechend waren die Maßnahmen dieses „Hebel-Keynesianismus“ in der Periode steigender Globalisierung und zunehmender Strukturprobleme zunehmend weniger von Erfolg gekrönt: Die Schulden stiegen und die Arbeitslosigkeit blieb. Eine massive Gegenbewegung setzte ein: Sie begann unter dem Schlagwort des „crowding out“, der Verdrängung privater durch die zusätzlichen staatlichen Ausgaben und entsprechend kleiner Multiplikatoren. Die Attacken erreichten ihren Höhepunkt in der sogenannten Politik-Ineffektivitätshypothese,<sup>10</sup> derzufolge die auf der Basis von Rationalen Erwartungen agierenden Wirtschaftssubjekte als Folge der zusätzlichen

Staatsausgaben ihre privaten Ausgaben reduzieren; sie antizipieren, dass die Steuerbelastung im entsprechenden Ausmaß steigen werde.<sup>11</sup> Die neuere wirtschaftspolitische Diskussion verwendet den Begriff der Politik-Ineffektivitätshypothese wegen seiner realitätsfernen Annahmen seltener, sie spricht lieber von non-Keynesian effects; der Konflikt aber blieb.

Der Streit um die Höhe der Multiplikatoren und damit um die Wirkungen expansiver Budgetpolitik verläuft insofern weitgehend unbefriedigend, als der Multiplikator nach theoretischen Überlegungen wie nach empirischer Erfahrung keine Konstante sein kann, sondern von zahlreichen, sehr unterschiedlichen Faktoren abhängt. Relevant sind vor allem Offenheit und damit auch Größe des Wirtschaftsgebiets, die Ursachen der Zielverletzung, das Ausmaß der Kapazitätsauslastung, die jeweils eingesetzten Instrumente der Fiskalpolitik, die Art der Geldpolitik und die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte.

An erster Stelle ist die *Offenheit des Wirtschaftsgebiets* zu nennen: Im Idealfall einer geschlossenen Wirtschaft können hydraulisch-keynesianische Maßnahmen am stärksten wirken; je offener die Wirtschaft desto größer die Sickerverluste; die Multiplikatoren schrumpfen, die Nachfrage fließt ins Ausland ab, die Schulden bleiben dem Inland. Da die Offenheit unvermeidlich (auch) eine Funktion der Größe des Landes ist, sind kleine Länder von den Sickerverlusten stärker betroffen als große: Ein fiskalpolitischer Alleingang Österreichs mit einer Außenquote von 54% wäre insofern wenig effektiv und relativ teuer, wogegen entsprechende Maßnahmen in der EU mit einer Außenquote von 14% sehr wohl wirksam wären; gegeben die übrigen Voraussetzungen würden sie sich durch zusätzliche Steuereinnahmen relativ rasch selbst finanzieren. Bedauerlicherweise fehlt der EU allerdings die entsprechende Kompetenz, und die „freiwillige“ Koordinierung der Fiskalpolitik ließ bisher sehr zu wünschen übrig.

Ob es zu einer „*Selbstfinanzierung*“ hydraulischer Maßnahmen kommt, hängt einerseits von der Qualität der Maßnahmen ab – ob sie das Wachstum genügend steigern, um das Steueraufkommen entsprechend steigen zu lassen –, andererseits auch vom Zinssatz. Domar (1944) hat schon zur Zeit des zweiten Weltkriegs darauf hingewiesen, dass der Zinssatz unter der Wachstumsrate liegen muss; mit anderen Worten: Die gesamtwirtschaftliche „Rendite“ des Konjunkturprogramms muss höher sein als der Zinssatz, zu dem sich der Staat verschuldet.

Selbst im Idealfall einer geschlossenen Wirtschaft funktioniert Fiskalpolitik a la Hydraulik jedoch bloß unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Als wichtigste ist wohl die *Ursache der Zielverletzung* zu erwähnen. Es wird immer wieder übersehen, dass Fiskalpolitik nur gegen einen Mangel an effektiver Nachfrage wirkungsvoll eingesetzt werden kann. Geht die Arbeitslosigkeit auf Strukturprobleme, auf mangelnde Konkurrenzfähigkeit, auf Mängel der Ausbildung oder falsche Lohnstruktur zurück, bleiben

die expansiven Maßnahmen wirkungslos oder verschärfen die Probleme sogar. Die jüngere Entwicklung in den USA oder in Japan sind dafür schlagende Beispiele. Gleichermäßen kann expansive Fiskalpolitik bloß dann wachstumsfördernd und beschäftigungsvermehrend wirken, wenn ausreichend *freie Kapazitäten* zur Verfügung stehen. Demgemäß kann es in neoklassischen Modellen, die von jeweils voller Kapazitätsauslastung und allenfalls freiwilliger Arbeitslosigkeit ausgehen, keine expansiven Wirkungen (positive Multiplikatoren) geben. Die Multiplikatoren können u. U. sehr klein oder sogar negativ sein, wenn es um die Konsolidierung hoher Budgetdefizite bzw. den Abbau exzessiver Staatsschulden in nicht rezessiven Phasen geht (siehe die letzten Absätze dieses Abschnitts).

Die Wahl der *Instrumente* ist insofern relevant, als sie auf die Art der Zielverletzung und die wahrscheinlichen Reaktionen der Betroffenen abgestimmt sein sollte. So kann entweder in die materielle oder immaterielle Infrastruktur investiert werden, können private Investitionen oder der Konsum angeregt, Ausgaben forciert oder Steuern gesenkt werden. Entscheidend ist, möglichst bei den Ursachen der Zielverletzung anzusetzen und Sickerverluste ins Ausland oder in zusätzliche Ersparnisse zu vermeiden. Ein Versuch Kosteninflation mit restriktiver Politik zu bekämpfen wird ebenso erfolglos bleiben wie nachfragestützende Maßnahmen in einer Situation mangelnder Wettbewerbsfähigkeit.

Eine weitere Voraussetzung für funktionierende Fiskalpolitik a la Hydraulik ist eine *unterstützende Geldpolitik*. Eine Kombination expansiver Fiskal- und neutraler oder gar restriktiver Geldpolitik *muss* die Expansion an deren Nicht-Finanzierbarkeit scheitern lassen: Die hohen und/oder steigenden Zinssätze verdrängen die private Nachfrage. Insbesondere bei einer Liquiditätsfalle (Nominalzinssatz gleich Null) kann der Multiplikator jedoch recht hoch sein.<sup>12</sup>

Schließlich sind die *Erwartungen* entscheidend. In Perioden mit großem Pessimismus werden die zusätzlichen Staatsausgaben *cet.par.* eher zu höheren Ersparnissen als zu zusätzlichen Ausgaben der Privaten führen – der Multiplikator ist klein. Die neuere Literatur hat diesen Aspekt im Gefolge der Politikineffektivitätshypothese als Normalfall – also auch ohne Pessimismus – stark betont: Rationale Erwartungen und unendlicher Zeithorizont würden jeden expansiven Effekt verhindern, da die Wirtschaftssubjekte von Steuererhöhungen zur Schuldentilgung ausgehen und dafür Rücklagen bilden. Solche Erwartungen mag es in manchen Fällen durchaus geben, vor allem wenn die Staatsschulden hoch, Staatsvertrauen und Wachstumserwartungen aber gering sind, sodass wenig Aussicht auf „Selbstfinanzierung“ der Fiskalpolitik besteht. Wenn die zusätzlichen Staatsausgaben als dauerhaft betrachtet werden, sind derartige Erwartungen eher wahrscheinlich als im „Normalfall“ temporärer Defizite zur Bekämpfung von Nachfrageausfällen.

Entsprechend der jeweiligen Kombination dieser Bestimmungsgründe wird der Effekt fiskalpolitischer Maßnahmen und damit der Multiplikator größer oder kleiner sein; den „wahren“ Multiplikator gibt es nicht und kann es nicht geben! Das zeigen theoretische Modelle wie empirische Erfahrungen.<sup>13</sup> Im reduktionistischen Modell muss der Multiplikator Null sein, weil freie Kapazitäten fehlen, im neokeynesianischen Ansatz muss er klein sein, weil kompensierende Steuererhöhungen erwartet werden, und in fundamental-keynesianischen Überlegungen wird er vielfach hoch sein. Dennoch geht die ideologische Diskussion um den „wahren“ Multiplikator unverändert weiter. Zwei der jüngsten US-amerikanischen Diskussionen zeigen das sehr deutlich:

Romer and Bernstein (2009), damals im Dienst der (demokratischen) US-amerikanischen Regierung, waren bei der Abschätzung des Konjunkturprogramms 2010 von Staatsausgaben- bzw. -einnahmenmultiplikatoren von 1,4 bzw. 0,7 im ersten und 1,6 bzw. 1,0 im zweiten Jahr ausgegangen, die sie als Durchschnitt der Ergebnisse der Modelle der Zentralbank und einer privaten Prognosefirma erhielten; das Programm ergab 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mill. zusätzlich Beschäftigte. Cogan et al (2009), Vertreter der (eher republikanisch orientierten) Hoover Institution und der Universität Frankfurt, reagierten empört: Multiplikatoren und Beschäftigungseffekte seien viel zu hoch angesetzt, was einerseits mit den Modellen, andererseits mit der Annahme eines während der gesamten Prognoseperiode unverändert gehalten Zinssatzes von Null zusammenhänge. Mit Hilfe des neokeynesianischen Smets-Wouters Modells und der Annahme steigender Zinssätze ab dem zweiten Jahr erhielten sie einen halb so hohen Multiplikator im ersten Jahr und von nur noch 0,4 am Ende des zweiten. Als Beschäftigungseffekt ergab sich bloß ein Sechstel des vom Romer und Bernstein geschätzten, aber er blieb immerhin positiv! – Folge der in den USA inzwischen breit diskutierten Null-Zins-Situation.<sup>14</sup>

In der zweiten US-amerikanischen Diskussion geht es um die Frage, ob der Abbau von Staatsschulden, also eine restriktive Politik, nicht sogar expansive Wirkungen haben könnte, sogenannte non-keynesian effects; indirekt geht es somit wieder um die Höhe der Multiplikatoren bzw. um deren Vorzeichen. Die Debatte dürfte mit Giavazzi and Pagano (1990) begonnen haben, denen zufolge der private Konsum als Folge fiskalischer Konsolidierungsmaßnahmen vielfach steigt. Zahllose weitere Studien folgten, die non-keynesian effects in Form von wachstumsbeschleunigenden Wirkungen fanden.<sup>15</sup> Guajardo et al (2011) konnten allerdings zeigen, dass das bloß dann der Fall ist, wenn die Untersuchung Episoden enthält, in denen die restriktive Politik eine Dämpfung der Überhitzung zum Ziel hatte, die restriktive Wirkung also beabsichtigt war. Schaltet man diese Episoden aus, lässt eine Reduzierung der Staatsschulden im Ausmaß von

1% des BIP den Konsum in den beiden Folgejahren um  $\frac{3}{4}\%$  und das BIP um  $\frac{2}{3}\%$  schrumpfen. Richtig geschätzt hat somit restriktive Budgetpolitik i. d. R. tatsächlich restriktive Folgen, und demgemäß spricht wenig gegen die Annahme, dass expansive Politik, richtig angewendet und richtig geschätzt, expansive Folgen hat. Auerbach and Gorodnichenko (2010), die zwischen Expansions- und Rezessionsperioden unterscheiden, erhalten Ausgabenmultiplikatoren von etwa  $\frac{1}{2}$  für erstere und von etwa  $2\frac{1}{2}$  für letztere; die Steuermultiplikatoren sind mit  $\frac{1}{2}$  und Null beträchtlich kleiner. Das entspricht den Ergebnissen von Eggertson (2010), denen zufolge in einer Krise bloß explizit temporäre Steuersenkungen expansiv wirken, dauerhafte hingegen sogar restriktiv.

### **Der fundamentale Ansatz**

Wie erwähnt geht die fundamentale Interpretation von Keynes – anders als die hydraulische – von instabilen Beziehungen sowie von vagen, unsicheren und wechselnden Erwartungen als problematische Basis der Wahlhandlungen aus. Nicht bloß Informationmangel und verzerrte Information erschweren die Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte sondern tiefsitzende Unsicherheit. Einfache Regeln für die Wirtschaftspolitik kann es in diesem Ansatz nicht geben: „[U]nemployment in a market economy is the result of ignorance too great to be borne. The fully-specified macroeconomic models miss the point – which is precisely that no model of this situation can be fully specified.“<sup>16</sup> Auch für die Politik gilt, was Rothschild (1979, 197) für die Theorie postuliert: „[D]ie postkeynesianische Beschäftigungstheorie [wird sich] bei voller Ausnutzung vieler Ergebnisse der ‚neoklassischen Synthese‘ [also des hydraulischen Keynesianismus] in höherem Maße als bisher den besonderen Umständen widmen müssen, die das Gruppenverhalten, die finanziellen Institutionen und Aktiva und ihre Entwicklung im Konjunkturverlauf, die staatliche Wirtschaftspolitik etc. in unserer Zeit beeinflussen“. Es gibt keine allgemein gültige sondern bloß zeit- und situationsabhängige Strategien.

Als ein Beispiel einer solch maßgeschneiderten Strategie die unter den damaligen Bedingungen eine Zeit lang funktionierte, sei das Modell des Austrokeynesianismus skizziert. Der Begriff wurde vermutlich 1979 von Hans Seidel (1982) geprägt und beschreibt eine wirtschaftspolitische Konzeption, deren sich die Politiker selbst gar nicht bewusst waren, und die daher bloß aus deren Handlungen erschlossen werden kann.<sup>17</sup> Zu den wesentlichen Elementen der austrokeynesianischen Konzeption gehörten neben einer eher traditionellen Nachfragesteuerung eine Verstetigungsstrategie, der Einsatz von Maßnahmenbündeln zur Erreichung von Zielbündeln, sowie eine spezifische Strategie zur Inflationsbekämpfung bei

Vollbeschäftigung.<sup>18</sup> Die Verstetigungsstrategie ging davon aus, dass die Konjunkturschwankungen unsicherheitsbedingte tiefliegende Instabilitäten zur Ursache haben; Reduzierung von Unsicherheit ist daher *die* zentrale Aufgabe, hektische diskretionäre Maßnahmen wirken vielfach kontraproduktiv. Die austrokeynesianische Strategie versuchte die Unsicherheit dadurch zu reduzieren, dass sie die zentralen Entscheidungsgrundlagen von Unternehmern und Konsumenten möglichst vorhersehbar machte: die Lohnpolitik als Kostenkomponente wie als Einkommensgröße, die Preisentwicklung als Voraussetzung für eine ruhige Lohnpolitik, die (nominelle) Zinsentwicklung und die Investitionsförderung, sowie den Wechselkurs im Rahmen der Hartwährungspolitik. Der Einsatz von Maßnahmenbündeln zur Erreichung von Zielbündeln ermöglichte eine schwächere Dosierung der Instrumente und geringere unerwünschte Nebenwirkungen. Einkommenspolitik wurde als zentrales Instrument zur Inflationsbekämpfung bei Vollbeschäftigung eingesetzt, eines der ganz großen Probleme, auf die etwa Rothschild (1954, chpt. XII) schon sehr früh hingewiesen hat.

Mit der Darstellung dieser spezifischen Form einer eher fundamentalkeynesianischen Konjunktur- und Beschäftigungspolitik soll nicht dem austrokeynesianischen Konzept nachgetrauert werden. Seine Zeit ist mit der zunehmenden Globalisierung, der zunehmenden Komplexität (Tichy 2011) und der gerade in Krisenperioden zunehmenden Instabilität der Finanzmärkte abgelaufen;<sup>19</sup> unsere Zeit muss nach neuen Strategien suchen. In diesem Sinn sollte die Darstellung auf dreierlei hinweisen: Erstens, dass es nicht genügt bereits entstandene Fehlentwicklungen zu beseitigen; es muss bereits ihrer Entstehung entgegengewirkt werden. In alter Terminologie: Außer Ablaufpolitik ist auch Ordnungspolitik zunehmend unverzichtbar. Zweitens, dass unsicherheitsreduzierenden Elementen, insbesondere der Verstetigung der Erwartungen,<sup>20</sup> besondere Bedeutung zukommt. Und drittens, dass es nicht ein einziges Konzept geben kann, dass bei jeder entsprechenden Zielverletzung mechanisch angewendet wird: Je nach historischer Situation, institutionellen Voraussetzungen und Spezifität der Zielverletzung(en) ist eine eigene, maßgeschneiderte Lösung zu erarbeiten. „Die komplexe Realität lässt sich nicht in einem einzigen einfachen und starren Modell einfangen.“<sup>21</sup> Es ist nicht unwahrscheinlich, dass solche Überlegungen einer situationsspezifischen Politik in einer vielschichtigen Realität auch hinter der scheinbaren (?) Unbestimmtheit von Keynes' Arbeiten stecken: In relativ stabilen Situationen mag die hydraulische Konzeption und ihr Instrumentarium durchaus ausreichen; je schwerer die Zielverletzung und je komplexer die Situation, desto „fundamentalere“ Konzeptionen, Überlegungen und Strategien sind erforderlich.



### Der vernachlässigte radikale Keynes

Die traditionelle, noch immer nicht überwundene Reduzierung der Gedankengänge von Keynes auf Hydraulik und Fiskalismus einerseits, auf die kurze Sicht andererseits – „In the long run we are all dead“ – übersieht Keynes' sehr viel weiter gehende Arbeiten betreffend die lange Frist; Walterskirchen (2011) hat dankenswerter Weise jüngst auf diesen vernachlässigten Aspekt nachdrücklich hingewiesen.<sup>22</sup> In „The long-term problem of unemployment“ (Keynes 1943) erwartete Keynes drei unterschiedliche Phasen der Nachkriegsentwicklung: In der ersten würde die Spartätigkeit weit unter den Investitionswünschen liegen, Inflation wäre das Hauptproblem; in der zweiten würden die Spar- und Investitionspläne einander entsprechen, und das Hauptproblem der Wirtschaftspolitik wäre die (hydraulische?) Konjunktursteuerung. In der dritten Periode hingegen ließe der Wohlstand die Spartätigkeit stark ansteigen, die Investitionspläne blieben infolge des hohen Kapitalbestands und des langsameren Wachstum dahinter zurück; ein „wisely managed“ Kapitalismus werde in dieser Periode daher versuchen müssen, die Spartätigkeit zu verringern und die Arbeitszeit zu verkürzen. Allerdings glaubte Keynes (1943, 278, zitiert nach Walterskirchen 2011) nicht, dass das kurzfristig funktioniert: „I should expect for a long time to come that the government debt would be continually increasing in grand total.“

Es soll hier nicht darüber reflektiert werden, ob es sich bei Keynes' Visionen um ein gesetzmäßiges Ablaufschema handelt – tatsächlich etwa war die zweite Periode, die Keynes mit ein bis zwei Jahrzehnten ansetzte, länger –, auch nicht darüber, ob das Schema in einer globalisierten Welt mit einem potentiell enormen Kapitalbedarf für Entwicklungs- und Umweltinvestitionen weiterhin gilt. Zumindest vorübergehend befinden sich die entwickelten Industriestaaten derzeit aber sehr wohl in einer Phase, die Keynes' dritter entspricht. Das Angebot von anlagesuchenden Mitteln ist nicht bloß durch die heimische Spartätigkeit sondern auch durch die Anlage von Mitteln aus weniger entwickelten Regionen sehr hoch, die private Investitionstätigkeit konzentriert sich auf Ersatzinvestitionen, da deren Kapazitäts- und Produktivitätseffekt angesichts des reduzierten Wachstums genügt; weniger entwickelte Länder lehnen Auslandsmittel seit der Südostasien-Krise weitgehend ab. Wenn aber die Haushalte sparen, also Finanzierungsüberschüsse haben, die Unternehmen und Ausland nicht benötigen und der Staat – aus guten und weniger guten Gründen – nicht verwenden darf, muss die Nachfrage stagnieren und cet.par. Arbeitslosigkeit entstehen.<sup>23</sup>

\* \* \*

Keynes war, vor allem in seinen wirtschaftspolitischen Aussagen, nicht immer klar und auch keineswegs widerspruchlos. Er lässt sich unter-

schiedlich interpretieren, aber diese Interpretationsmöglichkeiten wurden von Anhängern wie Gegnern vielfach hemmungslos zur Stützung ihrer jeweiligen ideologischen Positionen genützt. Rothschild (1979, 171) sieht Keynes wohl richtig, wenn er schreibt, dass seine „gewaltige Leistung von einem ausgeprägten Sinn für die Vielschichtigkeit der Realität [getragen war] und damit einer Abneigung gegen Versuche, die komplexe Problematik in einem einzigen einfachen und starren Modell einzufangen.“ Die Situationen, in denen wirtschaftspolitische Interventionen erforderlich sind, sind sehr unterschiedlich und erfordern nicht ideologisch geprägte Schlagworte, sondern Überlegungen dazu, welche Modelle auf welche Situationen passen und, daraus resultierend, ursachenadäquate Programme der Politik. Das ist es, was wir aus Keynes lernen können und lernen sollen.

### Anmerkungen

- \* Der Autor dankt A. Guger, M. Schratzenstaller und E. Walterskirchen für wertvolle Kommentare zu einer ersten Fassung.
- <sup>1</sup> Steindl 1987, 11.
- <sup>2</sup> Leijonhufvud (1981, 3) bezeichnet ihn als Revolutionary Orthodoxy.
- <sup>3</sup> Shackle 1972.
- <sup>4</sup> Leijonhufvud (1981, 3) bezeichnet ihn als Neoclassical Resurgence.
- <sup>5</sup> Klein 1949.
- <sup>6</sup> Robinson and Wilkinson 1977, 6.
- <sup>7</sup> Leijonhufvud (1981, 3).
- <sup>8</sup> Coddington 1976, 1264.
- <sup>9</sup> Guger and Walterkirchen 1988, 104.
- <sup>10</sup> Sargent and Wallace 1975.
- <sup>11</sup> Buitter (1980) bezeichnete das in Anlehnung an Voltaires *Candide* als „The macroeconomics of Dr Pangloss“: Pangloss: „Tis demonstrated ... that things cannot be otherwise; for, since everything is made for an end, everything is necessarily for the best end“; *Candide*: „If this is the best of all possible worlds, what are the others?“
- <sup>12</sup> Eggertson 2010; Woodford 2010.
- <sup>13</sup> Hall 2009; Woodford 2010.
- <sup>14</sup> Eggertson 2010; Woodford 2010.
- <sup>15</sup> Etwa Alesina and Perotti 1997 oder Alesina and Ardagna 2010.
- <sup>16</sup> Loasby 1976, 167.
- <sup>17</sup> Dass St. Koren, der zu dieser Zeit das wirtschaftspolitische Konzept der ÖVP erstellte und danach Finanzminister wurde, dem Konzept distanziert gegenüberstand, die Diskussion für wenig produktiv hielt und Stigler zitierte („Die zentrale Behauptung ist nicht nur eine Tautologie, sie ist auch falsch“), ist aus seiner ideologischen Position verständlich (Koren 1990, 9); aber auch Kreisky soll nach Breuss (1987, 205) gesagt haben: „Austrokeynesianismus hat so viel mit Keynes zu tun wie Austromarxismus mit Marx, nämlich gar nichts“.
- <sup>18</sup> Tichy 1984, 1995.
- <sup>19</sup> Dazu gehören nicht zuletzt Portfolio-Umschichtungen innerhalb der wohlstandsbedingt hohen Assets, die vielfach in dieselbe Richtung beabsichtigt sind, und dann die Gefahr von Blasenbildung beinhalten.

- <sup>20</sup> „Unter Unsicherheit ... sind verschwommene Erwartungen über eine undurchschaubare Zukunft zu verstehen, die sich an einigen verfügbaren Fakten, an beginnenden Tendenzänderungen, an Gerüchten, Meinungen etc. orientieren und daher plötzlichen und kaum prognostizierbaren Schwankungen ausgesetzt sind“ (Rothschild 1979, 194).
- <sup>21</sup> Rothschild 1979, 171.
- <sup>22</sup> Der Artikel wurde erst in der Gesamtausgabe publiziert und fand zunächst wenig Beachtung; erst Mitte der achtziger Jahre hoben A. Guger und E. Walterskirchen seine Bedeutung hervor (Walterskirchen 2011, Fn.4).
- <sup>23</sup> Tichy 2009.

## Literatur

- Alesina A. F. and R. Perotti, 1997, Fiscal adjustments in OECD countries: Composition and macroeconomic effects, IMF Staff Papers 44(June), 210-48.
- Alesina, A. F. and S. Ardagna, 2010, Large changes in fiscal policy: Taxes versus spending, NBER Working Paper 15438.
- Auerbach, A. and Y. Gorodnichenko, 2010, Measuring the output responses to fiscal policy, erscheint in A. Alesina and F. Giavazzi eds, Fiscal Policy after the Financial Crisis, NBER forthcoming.
- Breuss, F., 1987, Austro-Keynesianismus – eine wirtschaftspolitische Innovation mit Folgen, in Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung Hg, Aufklärung und Wirtschaftsforschung. Hans Seidel zum 65. Geburtstag, Wien: Wifo, ...
- Buiter, W. H., 1980, The macroeconomics of Dr Pangloss, Economic Journal 90, 34-50.
- Clower, R. W., 1969, The Keynesian counter-revolution: A theoretical appraisal, in R. W. Clower ed, Monetary theory, Harmondsworth: Penguin, 270-297.
- Coddington, A., 1976, Keynesian economics: The search for first principles, Journal of Economic Literature 14 (4), 1258-1273.
- Cogan, J. F. et al, 2009, New Keynesian versus old Keynesian government spending multipliers, NBER Working Paper 154782.
- Eggertson, G. B., 2011, What fiscal policy is effective at zero interest rates? NBER Macroec annual 2010 (25, 59-112).
- Giavazzi, F. and M. Pagano, 1990, Can severe fiscal consolidations be expansionary? Tales of two small European countries, NBER Macroeconomics Annual Vol. 5, 75-111.
- Guajardo, J. et al, 2011, Expansionary austerity: New international evidence, IMF WP/11/158.
- Guger, A. and E. Walterskirchen, 1988, Fiscal and monetary policy in the Keynes-Kalecki tradition, in J. A. Kregel et al, Barriers to full employment, Basingstoke/London: Macmillan, 103-132.
- Hall, R. E., 2009, By how much does GDP rise if the government buys more output? NBER Working Paper 15496.
- Hicks, J. R., 1937, Mr. Keynes and the classics: A suggested interpretation, Econometrica 5, 147-159.
- Keynes, J. M., 1936, The general theory of employment, interest and money, London: Macmillan.
- Keynes, J. M., 1937, The general theory of employment, Quarterly Journal of Economics 51 (2), 209-223.
- Klein, L. R., 1949, The Keynesian revolution, London: Macmillan.
- Koren, St., 1990, Die Rolle der Währungspolitik im Gesamtkonzept des Austrokeyensianismus, in P. Mitter und A. Wörgötter Hg, Austro-Keynesianismus. Festschrift für Hans Seidel zum 65. Geburtstag,, Heidelberg: Physica, 8-31.

- Leijonhufvud, A., 1968, *On Keynesian economics and the economics of Keynes*, New York: Oxford UP.
- Leijonhufvud, A., 1981, *Information and coordination. Essays in macroeconomic theory*, New York: Oxford UP.
- Loasby, B., 1976, *Choice, complexity and ignorance*, Cambridge: Cambridge UP.
- Loasby, B., 1999, *Knowledge, institutions and evolution in economics*, London: Routledge
- Robinson, J. and F. Wilkinson, 1977, What has become of employment policy? *Cambridge Journal of Economics* 1, 5-17.
- Robinson, J., 1953, The production function and the theory of capital, *Review of Economic Studies* 21 (29); 81-106.
- Robinson, J., 1964, *Economic philosophy*, Chicago: Aldine.
- Robinson, J., 1971, *Economic heresies*, New York: Basic Books.
- Romer, Ch. and J. Bernstein, 2009, The job impact of the American recovery and reinvestment act, Council of Economic Advisors, January 9.
- Rothschild, K. W., 1954, *The theory of wages*, Oxford: Basil Blackwell.
- Sargent, Th. J. and N. Wallace, 1975, „Rational“ expectations, the optimal monetary instrument, and the optimal money supply rule, *Journal of Political Economy* 83 (2), 241-254.
- Seidel, H., 1982, Austro-Keynesianismus, *Wirtschaftspolitische Blätter* 29 (3), 11-15.
- Shackle, G. L. S., 1972, *Epistemics and economics*, Cambridge: Cambridge UP.
- Steindl, J., 1987, Keynes' „General Theory“ nach 50 Jahren, *Wirtschaft und Gesellschaft* 13 (1), 11-18.
- Tichy, G., 1984, Strategy and implementation of employment policy in Austria, *Kyklos* 37 (3), 363-386.
- Tichy, G., 1995, Austrokeynesianismus. Ein Konzept erfolgreicher Wirtschaftspolitik, in R. Sieder et al, *Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur*, Wien: Verlag für Gesellschaftspolitik, 213-222.
- Tichy, G., 2009, Einige unkonventionelle Gedanken zum Leben nach der Krise, *Wirtschaft und Gesellschaft* 35 (4), 501-514.
- Tichy, G., 2011, Bessere Modelle oder gesunder Menschenverstand? Was wir aus der Finanzkrise lernen sollten. in Ch. Gehrke und R. Sturm Hg, *Modell, Wirklichkeit und Krise: Politische Ökonomie heute*, Heinz Kurz zum 65 Geburtstag, Marburg: Metropolis, 11-44.
- Walterskirchen, E., 2011, Die lange Frist bei Keynes, Schriftliche Fassung des Referats auf der Keynes-Tagung der Arbeiterkammer Wien am 29.9.2011.
- Woodford, M., 2010, Simple analytics of the government expenditure multiplier, NBER Working Paper 15714.